



## Positionspapier der IG Metall zur Charta Junge Generation

### Arbeit – sicher und fair

Junge Generation kennzeichnet eine Lebensphase mit vielen Übergängen und Brüchen. Es stehen wesentliche, das zukünftige Leben prägende, Entscheidungen an. Junge Menschen ziehen aus dem Elternhaus aus. Sie gründen einen eigenen Haushalt, eine Partnerschaft, eine Familie. Auch das berufliche Leben ist von einschneidenden Übergängen geprägt: Der Wechsel von der Schule in eine berufliche Ausbildung oder in ein Studium und danach in die erste Arbeitsstelle muss gemeistert werden.

Es ist eine spannende, eine kreative Lebensphase, in der junge Menschen in besonderem Maß den eigenen Lebensentwurf und die eigene Vorstellung von einem guten Leben entwickeln und die entsprechenden Entscheidungen treffen.

Aber Veränderungen, Übergänge und Brüche sind auch Phasen der Unsicherheit und der Risiken. Im letzten Jahrzehnt haben diese Unsicherheiten massiv zugenommen und drohen für viele junge Menschen das positiv Spannende in dieser Zeit des Ausprobierens und Findens zu überlagern durch Existenzängste, erzwungene Entscheidungen und unsichere, keine Perspektiven bietende Jobs. Das Versprechen individueller Entscheidungsfreiheit steht für viele nur auf dem Papier. Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die unsichere Situation der jungen Generation noch einmal deutlich gezeigt. Sie ist aber nicht Ursache der Unsicherheiten. Die Probleme haben sich mit anziehender Konjunktur nicht erledigt.

Im Gegenteil, der Anteil unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Leistungsverdichtung und überlange Arbeitszeiten nehmen im Aufschwung rapide zu.

Aus unserem Gesellschaftsverständnis heraus ergibt sich hier akuter Handlungsbedarf.

Als Faustformel hat sich für die Junge Generation in der IG Metall eine Altersgrenze von 35 Jahren (U35) als praktikabel erwiesen. Der Großteil unserer Mitglieder hat bis zu diesem Alter den Einstieg ins Berufsleben abgeschlossen. Die Grenze ist aber sowohl individuell als auch thematisch fließend. Beispielsweise sind für immer mehr Beschäftigte prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Scheinselbständigkeit und Werkverträge nicht mehr nur in der Berufseinstiegsphase prägend. Und Fragen der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sind auch für Beschäftigte jenseits der 35 hoch aktuell.

Die Themen der Jungen Generation fallen daher nicht nur in die Zuständigkeitsbereiche der Jugend- und Auszubildendenvertretungen und der IG Metall Jugend. Es sind Themen für alle Ebenen der betrieblichen Mitbestimmung und der Gewerkschaftsarbeit. Sie sind eine Aufgabe für die gesamte IG Metall.

In diesem Positionspapier gehen wir auf die 5 Schwerpunkte unserer Charta Junge Generation etwas ausführlicher ein. Wir zeigen exemplarisch wichtige Forderungen an die Politik, die Unternehmen aber auch an unser eigenes gewerkschaftliches Handeln auf.



## 1. Für sichere Arbeit.

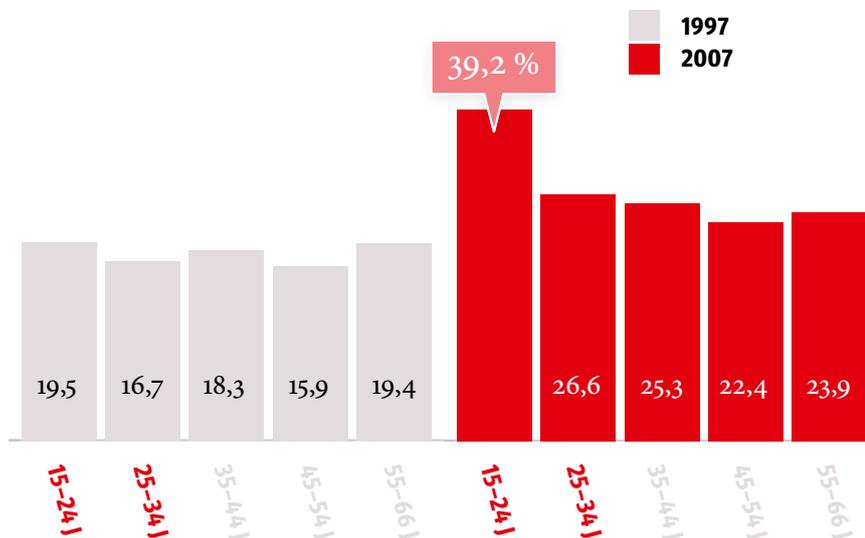
Wie sieht die Beschäftigungssituation für die Junge Generation aus? Einer der deutlichsten Trends der letzten Jahre ist die starke Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Ein Normalarbeitsverhältnis auf dem unser Sozialstaat aufbaut, ist für viele junge Menschen nicht mehr der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Scheinselbstständigkeit, Werkvertrag, Dauerpraktikum und Phasen der Arbeitslosigkeit – so sieht der Einstieg in den Arbeitsmarkt für fast jeden zweiten jungen Menschen in Deutschland aus.

Ca. zwei Drittel der heute unter 35-Jährigen haben in ihrem bisherigen beruflichen Lebensweg Erfahrungen mit atypischer Beschäftigung machen müssen. Diese Quoten sind in den letzten 10 Jahren drastisch gestiegen. Für die jüngste Altersgruppe (15–24 Jahre) haben sie sich gar verdoppelt. So dass generell die Faustregel gilt: Je jünger desto prekärer.

Das Jahr 2007 wird als Bezugspunkt gewählt, da die Daten für die Krisenjahre 2008–2010 nur begrenzt aussagekräftig sind. In der Krise gingen die atypischen Beschäftigungsverhältnisse zum Teil zurück.

### Abb. : Atypische Beschäftigung nach Altersgruppen 1997–2007

Quelle: Langhoff, Krietsch, Starke: Der Erwerbseinstieg junger Erwachsener: unsicher, ungleich, ungesund, in: WSI-Mitteilungen 7/2010.



Das Jahr 2007 wird als Bezugspunkt gewählt, da die Daten für die Krisenjahre 2008–2010 nur begrenzt aussagekräftig sind. In der Krise gingen die atypischen Beschäftigungsverhältnisse zum Teil zurück. Daraus kann aber keine Entwarnung abgeleitet werden. Im Gegenteil: Der Rückgang in der Krise zeigt vielmehr die Problematik dieser Arbeitsverhältnisse. Leiharbeiter, Scheinselbständige und befristet Beschäftigte waren die ersten, die ihre Arbeit verloren haben. Alle Daten zur Entwicklung von z.B. Leiharbeit und Befristungen aus der 2. Hälfte 2010 und des Jahres 2011 zeigen deutlich, dass der Trend zu atypischer Beschäftigung nicht gebrochen ist und die Höchststände aus dem Jahr 2007 bald übertroffen werden bzw. schon sind.





Daraus kann aber keine Entwarnung abgeleitet werden. Im Gegenteil: Der Rückgang in der Krise zeigt vielmehr die Problematik dieser Arbeitsverhältnisse. Leiharbeiter, Scheinselbstständige und befristet Beschäftigte waren die ersten, die ihre Arbeit verloren haben. Alle Daten zur Entwicklung von z.B. Leiharbeit und Befristungen aus der 2. Hälfte 2010 und des Jahres 2011 zeigen deutlich, dass der Trend zu atypischer Beschäftigung nicht gebrochen ist und die Höchststände aus dem Jahr 2007 bald übertroffen werden bzw. schon sind.

Es sind auch nicht nur die niedriger qualifizierten jungen Menschen betroffen. Für viele Uni-Absolventen verläuft der Einstieg in den Arbeitsmarkt mittlerweile ebenfalls über prekäre Beschäftigungsformen. Je niedriger qualifiziert, umso höher wird allerdings das Risiko lange Phasen prekärer Beschäftigung zu durchlaufen, oder den Sprung in ein normales Beschäftigungsverhältnis gar nicht zu schaffen.

Die Zyniker in unserer Gesellschaft antworten auf diese Trends mit: »So what? - Berufseinstiegsjahre sind eben keine Herrenjahre«. Sie verkennen oder unterschlagen bewusst die Folgen dieser Entwicklung für die individuellen Lebensplanungen und Entfaltungsmöglichkeiten, aber auch die negativen Folgen für die Gesellschaft.

Die zweite zynische Antwort lautet, die vielen atypischen Arbeitsverhältnisse würden doch Freiheiten zum Hereinschnuppern in verschiedenste Bereiche des Arbeitsmarktes eröffnen und junge Menschen wollten gar keine normalen Arbeitsverhältnisse mehr. Alle Befragungen der jungen Generation zu ihren Wünschen für Beruf und Arbeit, widersprechen dem auf das Deutlichste.

Wünsche nach »einem festen und verlässlichen Einkommen«, nach »einem sicheren Arbeitsplatz« und »einem unbefristeten Arbeitsverhältnis« rangieren in allen Untersuchungen ganz oben.

### **Wir erwarten von der Politik:**

Die Leiharbeit muss besser reguliert und deutlich begrenzt werden. Unsere zentrale Forderung lautet: Gleiche Arbeit - Gleiches Geld - und gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiternehmer! Die Regulierung der Leiharbeit ist per Gesetz zu sichern.

Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen muss begrenzt werden.

Es werden engere Rahmenbedingungen für Praktika geschaffen und im Streitfall wird die Beweislast umgekehrt: der Arbeitgeber muss beweisen, dass ein Praktikant/ eine Praktikantin nicht ausgenutzt wurde.

### **Wir erwarten von den Arbeitgebern:**

Mit der IG Metall konstruktiv über Tarifverträge in unseren Branchen zu verhandeln, die eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung und die Konditionen und wirksame Mitbestimmungsrechte zur Verhinderung, Begrenzung und Gestaltung von Leiharbeit und des Missbrauchs von befristeten Arbeitsverträgen und Werkverträgen im Entleihbetrieb zu verankern.

### **Die IG Metall wird:**

solange die gesetzlichen Regelungen unzureichend bleiben, weitere Besservereinbarungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter auf betrieblicher Ebene aushandeln.





## 2. Für gute Arbeit.

Für unser gewerkschaftliches Verständnis von Arbeit gilt: Arbeit ist mehr als Broterwerb. Beschäftigte sind mehr als ein austauschbarer Produktionsfaktor. Gute Arbeit kann und soll Spaß machen und gehört zu einem erfüllten Leben dazu. Diese Sicht ist nicht altmodisch. Die Aussage »Die Arbeit soll Spaß machen« erreicht den zweiten Platz unter den 25 wichtigsten Faktoren guter Arbeit in einer Befragung junger Menschen von 18-34 Jahren.

Zu guter Arbeit gehört also mehr als ein gutes Einkommen und ein sicherer Arbeitsplatz. Die Arbeitsrealität vieler junger Menschen besteht jedoch oft aus massiver Leistungsverdichtung, überlangen Arbeitszeiten und ausufernder Arbeitskontrolle, die Kreativität und Eigeninitiative abtötet. Für uns als Gewerkschaften gehören jedoch Entfaltungs-, Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten zu guter Arbeit unbedingt dazu. Dies gilt gerade in der beruflichen Einstiegs- und Entwicklungsphase.

Im Übrigen sind gute und sichere Arbeit eng miteinander verknüpft. Der Anteil derjenigen, die ihre Arbeitsbedingungen als gute Arbeit einstufen, sinkt unter den Beschäftigten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen dramatisch.

Zu guter Arbeit gehören selbstverständlich auch berufliche Entwicklungsmöglichkeiten – dazu später mehr unter dem Punkt »gerechte Chancen auf Bildung und Ausbildung«.

### Wir erwarten von der Politik:

sicherzustellen, dass junge Arbeitslose nicht gezwungen werden, unzumutbare Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, weil ihnen sonst die sozialstaatlichen Leistungen gestrichen werden. Die Politik und die Arbeitsmarktverwaltung dürfen nicht das Geschäftsmodell ausbeuterischer Unternehmen besorgen.

### Wir erwarten von den Arbeitgebern:

jugen Menschen gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Arbeitsbedingungen, die Arbeitsfreude und Kreativität fördern und nicht abtöten.

### Die IG Metall wird:

Entfaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten der jungen Beschäftigten in der Arbeitsgestaltung sichern und ausbauen, so dass Arbeit mehr als ein Job zur Existenzsicherung ist.





### 3. Für die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.

**Zu »Arbeit ist mehr als Brotwerb« ergänzen wir »Leben ist mehr als Arbeit«.**

Zu einem erfüllten und guten Leben gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Raum für Freundschaften, Hobbies, ehrenamtliches und politisches Engagement. Dieses Thema wird in der öffentlichen Diskussion oft auf den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten reduziert. Der Ausbau von qualitativ hochwertigen, allen zur Verfügung stehenden Betreuungsangeboten ist ein wichtiger Baustein zu einer besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Nur damit ist es jedoch nicht getan.

Wieder sehen wir eine deutliche Verknüpfung mit dem Thema atypische Beschäftigung. Für die Altersgruppe U35 kumulieren Unsicherheiten in einem Ausmaß, dass die Planbarkeit und Entwicklung eines selbstbestimmten Lebensentwurfs massiv beeinträchtigt ist. Familiengründung- und Planung und der Startschuss für langfristiges gesellschaftliches Engagement finden aber gerade in dieser Altersphase statt. Zu den Unsicherheiten kommen Leistungsverdichtung, ausufernde Arbeitszeiten und flexible Arbeitszeiten, die sich mehr an den Ansprüchen der Arbeitgeber denn an den Bedürfnissen der Beschäftigten ausrichten, hinzu.

Deutschland gibt durchaus viel Geld für familienpolitische Maßnahmen aus. Diese sind aber oft wenig zielgerichtet und unterstützen die Menschen nicht dann, wenn es am dringendsten nötig ist. Im internationalen Vergleich stecken wir viel Geld in steuerliche Förderungen. Familien werden aber in der Regel nicht mit 50 gegründet, und die Menschen möchten ihre Kinder auch nicht erst dann bekommen, wenn sie auf dem Höhepunkt ihrer beruflichen Karriere stehen und von steuerlichen Vergünstigungen profitieren würden.

Auf den Punkt gebracht: Zum Zeitpunkt, an dem junge Familien die Förderung am dringendsten benötigen, greifen die (steuerlichen) Förderungen am wenigsten oder gar nicht. Die steuerlichen Vergünstigungen haben auch zur Folge, dass nicht jedes Kind dem Staat das gleiche wert ist.

Wir haben es mit einer gesellschaftlichen Schizophrenie zu tun. Die Bedingungen, Arbeit und Familie und gesellschaftliches Engagement unter einen Hut zu bekommen, werden für junge Menschen immer schwieriger. Gleichzeitig wird beklagt, dass immer weniger junge Menschen Kinder bekommen, dies in immer höherem Lebensalter geschieht und ehrenamtliches und politisches Engagement abnimmt. Gerade so, als ob das eine mit dem anderen nichts zu tun hätte.

#### **Wir erwarten von der Politik:**

Die richtigen Schritte des Ausbaus von öffentlicher Kinderbetreuung fortzusetzen. Ziel müssen flächendeckende, für alle Beschäftigten bezahl- und nutzbare Angebote sein.

#### **Wir erwarten von den Arbeitgebern:**

betriebliche Modelle zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Arbeitszeitmodelle müssen die Bedürfnisse der Beschäftigten nach einem planbaren Familienleben und nach gesellschaftlichem Engagement berücksichtigen.

#### **Die IG Metall wird:**

Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten stärker in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen sichern und mehr betriebliche Lösungen zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Leben aushandeln.





## 4. Für gerechte Chancen auf Bildung und Ausbildung.

Ein zentrales Thema für die Entfaltungsmöglichkeiten und Lebenschancen der Jungen Generation ist Bildung. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Je höher der (Aus-) Bildungsstand umso besser sind statistisch die Arbeitsmarkt- und Einkommenschancen – gleichwohl wir bereits aufgezeigt haben, dass auch Akademiker nicht mehr vor Phasen prekärer Beschäftigung und schwierigen Berufseinstiegen gefeit sind.

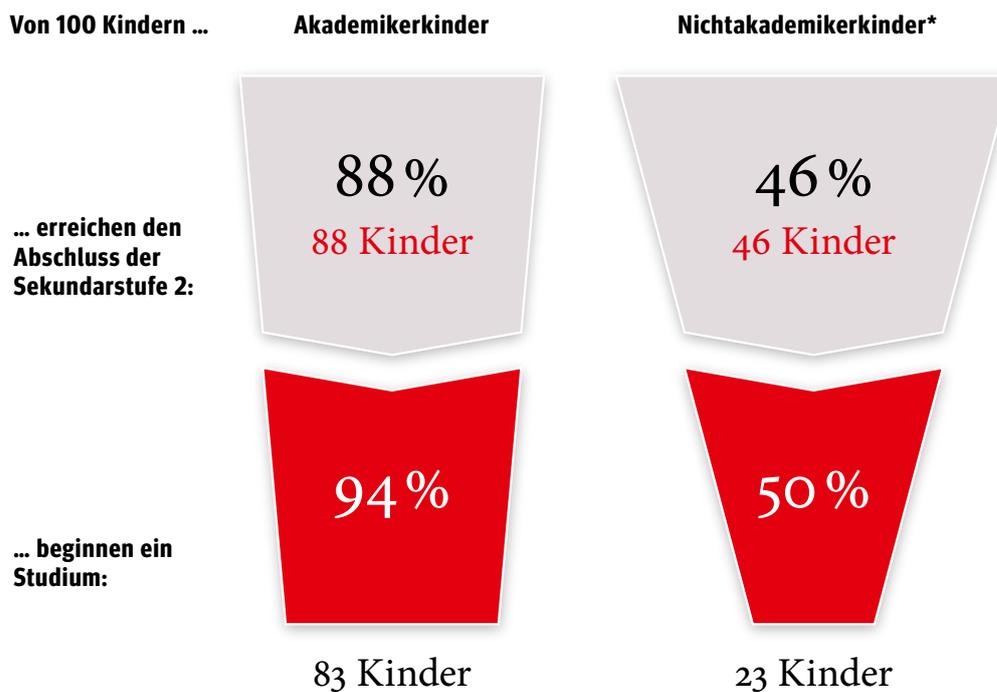
Gleiche Bildungschancen und Gerechtigkeit im Bildungssystem sind damit ein – wenn nicht der – Schlüssel für die gerechte Verteilung von Lebens- und Berufsperspektiven. Nur in Deutschland passt der Schlüssel nicht so recht ins Schloss.

Chancengerechtigkeit wird im deutschen Bildungssystem besonders selten erreicht. In nur wenigen anderen Industrieländern hängen die Bildungschancen so stark von der sozialen Lage bzw. dem Bildungsstatus der Eltern ab wie in Deutschland. 83 Prozent der Kinder von Eltern mit akademischem Abschluss beginnen ein Studium. Aber nur 23 Prozent der Kinder von Nichtakademikern studieren.

### Abb. : Ungleiche Bildungs- und Zukunftschancen

\* Nach dem Kriterium ob der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht.

Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks / Hochschul-Informationssystem 2007.





Sowohl internationale Vergleiche als auch deutsche Untersuchungen zu den Schulleistungs- und Schulabbruchraten am Ende der Grundschule zeigen, dass jegliche Interpretation dieser Zahlen mit unterschiedlicher Begabung oder Intelligenz nicht zutrifft. Es handelt sich zweifelsohne um ungleiche Chancen auf Bildung, die den gesellschaftlichen Grundwerten der Bundesrepublik widerspricht.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden im deutschen Bildungssystem besonders benachteiligt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund häufiger aus niedrigeren sozialen Schichten kommen, bleibt eine zusätzliche Ungleichbehandlung aufgrund des Migrationshintergrundes.

Das deutsche Schulsystem baut die ungleichen »Startchancen« im Verlauf des Bildungsweges nicht ab. Im Gegenteil: Im Laufe der Schulzeit werden weitere Benachteiligungen aufgebaut.

Verschärft werden diese Befunde der Chancenungleichheit durch das Versagen des Bildungssystems, zumindest einen Minimalstandard für alle zu gewährleisten. Das deutsche Schulsystem produziert einen, im europäischen Vergleich, hohen Anteil an Menschen ohne Schulabschluss. Für diese jungen Menschen bieten das Ausbildungssystem und der Arbeitsmarkt in der Regel keine sichere Perspektive. Es gibt in Deutschland also nicht nur ein Problem der Chancenungleichheit, sondern es gibt ein massives Problem mit genereller Bildungsarmut.

Aber auch viele junge Menschen mit Schulabschluss bekommen keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Das duale System der Berufsausbildung, für das Deutschland oft gerühmt wird, ist zunehmend ausgehöhlt. Vor allem die vielen Warte- und Abschiebeschleifen, die etabliert wurden (schulisches Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen, BA-Maßnahmen, usw.), in denen in der Regel kein vollwertiger Berufsabschluss erworben wird, und der Anstieg der schulischen Berufsabschlüsse sind Kennzeichen der Krise des dualen Systems.

Berufliche Perspektiven erschöpfen sich heute nicht in einer guten Erstausbildung. Weiterbildung wird immer wichtiger, um die Chancen auf einen guten Job und eine berufliche Entwicklung zu gewährleisten. Deutschland hinkt aber in diesem Punkt hinter anderen Ländern mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur her. So werden Menschen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten verbaut und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wird ausgebremst. Wir benötigen Weiterbildungskonzepte für junge Menschen, die sich nicht nur an kurzfristigen Anforderungen der Unternehmen orientieren, sondern die selbstbestimmte Berufs- und Karriereplanung der Menschen in den Mittelpunkt stellen.





Im deutschen Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungssystem sind strukturelle Änderungen und höhere Investitionen nötig. Solche Änderungen wirken sich oft erst langfristig aus, das darf aus unserer Sicht nicht zu einer zynischen Haltung gegenüber den heutigen »Bildungsverlierern« führen. Selbst wenn sich aus demografischen Gründen die Lage am Ausbildungsstellenmarkt in einigen Jahren entspannen sollte, darf uns dies heute nicht beruhigen. Das nützt denjenigen, die heute einen Ausbildungsplatz suchen, nicht. Weder den Erstsuchern noch den vielen Altbewerbern, die in Warteschleifen abgeschoben wurden oder ganz unversorgt geblieben sind. Analog gilt dies für die unsägliche Diskussion um die »Nicht-Ausbildungsfähigkeit« von Jugendlichen. Diese Stigmatisierung ist sowohl ein pädagogischer als auch sozialpolitischer Offenbarungseid.

### **Wir erwarten von der Politik:**

die Gewährleistung gleicher Bildungschancen für alle jungen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel, dem Bildungsstatus und der Herkunft der Eltern. Hierzu zählt auch, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen zu erhöhen. Konkret bedeutet dies, beispielsweise jungen Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung den Hochschulzugang zu ermöglichen

### **Wir erwarten von den Arbeitgebern:**

ausreichend Ausbildungsplätze zu schaffen und allen jungen Menschen, die eine berufliche Ausbildung machen möchten, diesen wichtigen Schritt ins Berufsleben zu ermöglichen.

### **Die IG Metall wird:**

Ihren Einfluss in der Ausgestaltung der dualen Ausbildung nutzen, um qualitativ hochwertige Ausbildungsberufe zu sichern und weiter zu entwickeln.





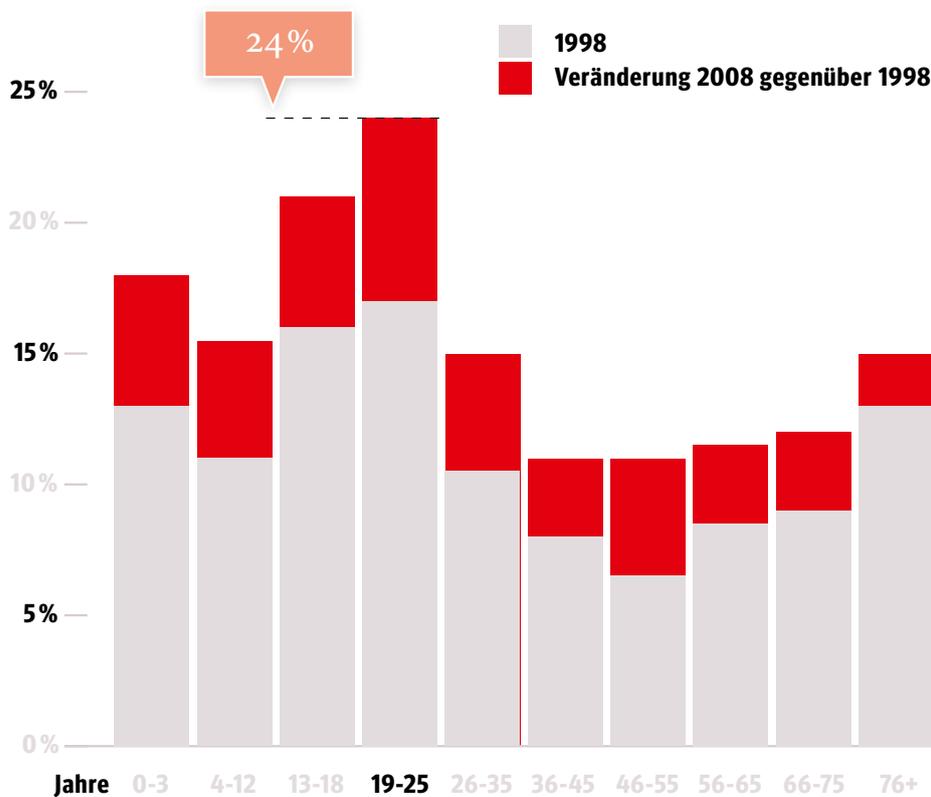
## 5. Für soziale Sicherheit.

Nicht überraschend bleiben die Trends zu prekärer Beschäftigung, erhöhtem Arbeitslosigkeitsrisiko und schlechterer sozialer Absicherung, nicht ohne Folgen für die materielle Situation der jungen Generation. Zwischen 1998 und 2008 ist das Armutsrisiko in allen Altersgruppen der Bevölkerung angestiegen. Den schärfsten Anstieg hat es allerdings bei den jungen Altersgruppen gegeben. Vor allem die Gruppe der 19 – 25-Jährigen ist betroffen. Sie weist die absolut höchste Armutsrisikoquote und den größten Anstieg auf.

Das besonders hohe Armutsrisiko junger Menschen hängt unter anderem mit ihrer schlechten Absicherung bei Arbeitslosigkeit zusammen: Mit niedrigen Einkommen und prekärer Beschäftigung werden nur niedrige Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung aufgebaut. Der Rutsch in Hartz IV geht schnell. Natürlich ist es richtig, dass die Dauer der Arbeitslosigkeitsphasen bei jungen Menschen deutlich niedriger ist als bei älteren Arbeitslosen.

### Abb. 6: Armutsrisikoquote

Quelle: DIW Wochenbericht 24/2010: Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert. Datenbasis: SOEP





Den drastischen Anstieg des Armutsrisikos kann dieser Effekt aber offensichtlich nicht mehr kompensieren. Auch hier muss betont werden, dass es sich nicht um vernachlässigbare Übergangsphänomene im Sinne von »Berufseinstiegsjahre sind keine Herrenjahre« handelt. Wer mit immer länger werdenden prekären Berufseinstiegsphasen, niedrigen Einkommen, schlechten Weiterbildungsmöglichkeiten konfrontiert ist, der schleppt die Folgen mit hoher Wahrscheinlichkeit durch seinen weiteren Lebenslauf. Die betroffenen jungen Menschen erwerben beispielsweise geringere Rentenansprüche.

Soziale Sicherheit und ein funktionsfähiger Sozialstaat sind kein Luxus, sondern notwendig für die volle Entfaltung der individuellen und gesellschaftlichen Potenziale.

### **Wir erwarten von der Politik:**

die finanzielle Basis der sozialen Sicherungssysteme ergiebiger und gerechter zu gestalten und die Defizite in der sozialen Infrastruktur zu beseitigen. Dazu gehören insbesondere die familiennahen Leistungen wie Kinderbetreuung.

### **Wir erwarten von den Arbeitgebern:**

die Angriffe auf unsere sozialen Sicherungssysteme zu unterlassen. Dies gilt insbesondere auch für die Aushöhlung der Finanzierungsgrundlage unseres Sozialstaates durch Umwandlung von sozialversicherungspflichtigen in atypische Beschäftigungsverhältnisse.

### **Die IG Metall wird:**

nicht nachlassen in der Verteidigung und Weiterentwicklung unseres Sozialstaates, so dass auch für die junge Generation soziale Sicherheit die Basis für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten bleibt.

